



[Wanzen im Wohnzimmer >](#)
[< Gefälschte Stellenanzeigen](#)

Rechtsextreme Straftaten aufklären

Strategie und Ermittlungsarbeit am Beispiel NRW



Mit verschärften Maßnahmen und Programmen gegen rechte Gewalt

© animaflora, fotolia

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sowie die sogenannten „Reichsbürger“ halten das Thema **Rechtsextremismus** in der öffentlichen Diskussion. Rechte Hetze wird in den sozialen Netzwerken als Problem wahrgenommen. Jede von einem Flüchtling verübte Straftat heizt die Stimmung weiter an, sodass es zu Straftaten kommt. Die **Polizei** begegnet der politisch motivierten Gewalt von rechts in Deutschland mit einem Bündel von Maßnahmen, so etwa im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW.

Die gesamte kriminelle Karriere im Blick

In NRW hat die **Polizei** in den vergangenen Jahren zahlreiche Rechtsextreme sehr genau beobachtet. Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann ist im Innenministerium NRW für die kriminalpolizeiliche Fachstrategie und Kriminalitätsbekämpfung zuständig: „Wir ermitteln im Rahmen eines Intensivtäterkonzepts. Dabei haben wir die wichtige Erkenntnis gewonnen, dass viele Täter, die rechtsextrem politisch motivierte Taten begehen, auch darüber hinaus allgemein kriminell sehr aktiv waren und sind.“ Durch die Bearbeitung der politisch motivierten Straftaten in einer Hand und das Hinzunehmen der allgemein kriminellen Straftaten erreicht die **Polizei** einen großen Erkenntnisgewinn für die Strafverfolgung. „Die Qualität der beweiskräftigen Unterlagen wird spürbar gesteigert. Das macht es der Justiz leichter, zu entsprechenden Urteilen zu kommen. Wir erzielen damit eine nachhaltigere Wirkung.“

Reichsbürger sollten keine Waffen besitzen dürfen

Politisch motivierte Kriminalität, egal ob von rechts, links oder islamistisch begründet, ist einer der vier strategischen Arbeitsschwerpunkte der **Polizei** in NRW. Dieter Schürmann: „Aktuell beschäftigt uns beim **Rechtsextremismus** beispielsweise das Phänomen der „Reichsbürger“. Einige Gruppierungen sind schon lange bekannt, aber in den letzten Jahren ist eine Zunahme ihrer Aktivitäten und ihres konfrontativen Verhaltens festzustellen.“ Bei den Reichsbürgern stellt die **Polizei** eine immer stärkere Gewaltbereitschaft fest, auch gegenüber Polizeibeamten: „Manch einer glaubt, sich aus ganz abstrusen Motiven der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland entziehen zu können.“ Im Rahmen ihrer Ermittlungsarbeit in diesem Teil der rechtsextremen Szene untersucht die **Polizei** beispielweise, ob die **Reichsbürger** über Waffen verfügen: „In die Hände von Extremisten gehören keine Waffen“, erklärt der Landeskriminaldirektor.

Steigende Zahl von Fällen

Seit 2014 gibt es auch in NRW einen statistisch belegten Anstieg der Gewalttaten im rechten Spektrum. Dabei stehen immer noch Delikte wie das Zeigen verbotener Zeichen, etwa des Hakenkreuzes, im Vordergrund. „Aber auch Beleidigungen, **Gewaltkriminalität** und Körperverletzungsdelikte sind stark vertreten“, erläutert Schürmann. „Wir sind besonders intensiv in den Brennpunktbereichen mit starker rechter Szene wie etwa in Dortmund, Aachen, Wuppertal und Köln tätig.“ Dieter Schürmann weist noch auf einen weiteren Umstand hin: „Die Sensibilität und Anzeigebereitschaft der Bevölkerung ist deutlich gestiegen.“ Grund dafür sei auch das gewaltbereite und diskreditierende Auftreten der Rechtsextremen gegenüber den Bewohnern in manchen Bezirken. Außerdem führt die wachsende Konfrontation zwischen gewaltbereiten rechts- und linksextremen Kräften bei großen Demonstrationen zur Steigerung der Fallzahlen: „Da kommt es neben Beleidigungen auch oft zu Körperverletzungsdelikten, weil man dann aufeinander losgeht.“ Auch bei Veranstaltungen wie der in Gewalt ausgearteten Pegida-Demo in Köln im Januar 2016 werden zahlreiche Taten aktenkundig, die dann natürlich auch zum Anstieg der statistischen Zahl rechtsextremer Gewalt beitragen.

Hilfe beim Ausstieg aus der rechten Szene

Neben der Strafverfolgung ist es aber auch wichtig, den Mitgliedern der rechten Szene einen Weg zum Ausstieg anzubieten, um so die Spirale der rechten Gewalt zu brechen. Die staatlichen Aussteigerprogramme stehen in NRW unter der Federführung des Landesamts für **Verfassungsschutz**. „Die Aussteigerprogramme sind speziell auf die islamistische beziehungsweise die rechtsextreme Szene zugeschnitten. Es gibt immer wieder Forderungen, diese Programme noch auszuweiten. Die Nachfrage zeigt deutlich, wie wichtig diese Programme sind. Auch wenn wir da schon gut aufgestellt sind, werden die Angebote weiter ausgebaut“, schätzt Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann die Lage ein. Ausstiegswillige werden in NRW darüber hinaus etwa über das nichtstaatliche Programm **NinA** (Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene) angesprochen.



Dieter Schürmann









© Ministerium für Inneres und Kommunales NRW

Prävention und Opferschutz

Neben der Strafverfolgung rechtsextremer Gewalttäter arbeitet die **Polizei** auch bei der Präventionsarbeit und bei der Beratung der **Opfer** rechtsextremer Gewalt mit. Dies geschieht in NRW beispielsweise im Rahmen eines Netzwerks, bei dem das Familienministerium (MFKJKS) die Projektleitung hat. Die **Polizei** kooperiert hier eng mit der sogenannten „**Mobilien Beratung**“ gegen **Rechtsextremismus**, einem Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und öffentlichen Institutionen. Hier kann man sich unbürokratisch und kostenlos beraten lassen. Die **Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus** ist für die landesweite Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts gegen

Rechtsextremismus und Rassismus in NRW verantwortlich. Die gut vernetzten Landeskoordinierungsstellen wurden inzwischen in allen 16 deutschen Bundesländern eingerichtet. WL (28.04.2017)

Folgende Artikel könnten Sie auch interessieren:

-  [Rechtsextreme Hetzer gegen Asylbewerber](#)
-  [Rechter Gewalt den Rücken kehren](#)
-  [„Was man nicht kennt, macht einem Angst“](#)
-  [„Das „schwächere“ Geschlecht nicht unterschätzen!“](#)
-  [Hakenkreuz und Hitlergruß](#)
-  [Rechtsextreme Hetze im Netz bekämpfen](#)
-  [Rechte Eltern - rechte Kinder?](#)
-  [Polizei-Projekt „Kurve kriegen“](#)

[Alle Artikel dieser Kategorie](#)

Weitere Infos zum Thema Internet und Mobil



Eltern müssen ihre Kinder beim Medienkonsum begleiten

Mit Verboten kommt man nicht weit

Martin Lorber ist Pressesprecher des Spieleherstellers Electronic...[\[mehr erfahren\]](#)



Was können Erste-Hilfe-Apps leisten?

Notfalltipps per Smartphone

Ob im Haushalt, am Arbeitsplatz oder im Straßenverkehr: Unfälle, bei...[\[mehr erfahren\]](#)



„Verfolgen statt nur Löschen“ unterstützt NRW-Medien

Hetze im Netz ist strafbar

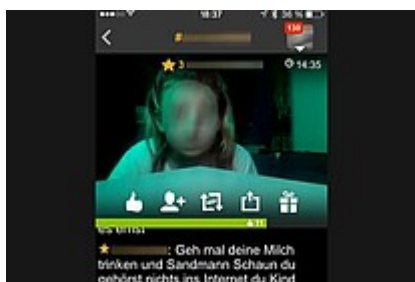
Im Zuge der so genannten Flüchtlingskrise wurde das [Internet](#) in den...[\[mehr erfahren\]](#)



Änderungen beim TAN-Verfahren

Mehr Sicherheit beim Online-Banking

Die EU will Bürgerinnen und Bürger besser vor Internetbetrügereien...[\[mehr erfahren\]](#)



„Für wie viele Likes zieht ihr euch aus?“

Umstrittene Live-Streaming Plattform YouNow

Der neueste Trend aus den USA heißt „YouNow“ – ein Dienst, mit dem...[\[mehr erfahren\]](#)

© Verlag Deutsche Polizeiliteratur

Cookie Einstellungen

- Statistiken
- Essentiell

Wir nutzen Cookies auf unserer Website, die in unserer [Datenschutzerklärung](#) beschrieben sind. Wir verwenden anonyme Statistiken, um unsere Website zu verbessern. Bitte unterstützen Sie unsere wichtige Präventionsarbeit und akzeptieren Sie alle Cookies. Vielen Dank!

Nur essentielle Cookies akzeptieren Alle akzeptieren